

PERIPHERIE 164

COVID-19: Globale Kontroversen

| | |
|--|---|
| Zu diesem Heft | 379 |
| Jean Segata Caetano Sordi Juliara Borges Segata & Bernardo Lewgoy | Ungesunde Ökologien, prekäre Arbeit und Pandemie in der globalisierten Fleischindustrie im Süden Brasiliens 386 |
| Alexander Brand & Hannah Sofie Schöninger | Impfdiplomatie als Ausdruck globaler Solidarität? Internationale Kooperation in der Pandemiebekämpfung zwischen Egoismus und Gerechtigkeit 405 |
| Ralph Marenga & Job Shipululo Amupanda | Corona-Virus und soziale Gerechtigkeit in Namibia 437 |
| Andreas Wulf | Globale Gesundheitssicherheit. Geschichte, Tendenzen und Konflikte im Spiegel der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie (Zur Diskussion) 465 |
| Ulrike Schultz | <i>This Corona Thing Has Taken Away Our Future.</i> Schulen und Schüler*innen in Lodwar, Nordkenia und die Pandemie (Zur Diskussion)..... 476 |
| Wolfgang Hein | <i>PERIPHERIE-Stichwort:</i> Impfen und Impfkampagnen 492 |
| Ana Cecilia Dinerstein | Konkrete Utopie. Die (Re-)Produktion von Leben in den, gegen die und jenseits der offenen Adern des Kapitals (Zur Diskussion)..... 497 |

Rezensionen

Sammelrezension zu COVID-19:

- [1] Michael Volkmer & Karin Werner (Hg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*
[2] Bernd Kortmann & Günther G. Schulze (Hg.): *Jenseits von Corona. Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft* (Wolfgang Hein).....505

Sammelrezension zu Andreas Malm:

- [1] *Corona, Climate, Chronic Emergency. War Communism in the Twenty-First Century*
[2] *How to Blow Up a Pipeline. Learning to Fight in a World on Fire* (Johannes Korak)511

Julia Schöneberg & Aram Ziai (Hg.): *Dekolonisierung der*

- Entwicklungszusammenarbeit und Postdevelopment Alternativen. AkteurInnen, Institutionen, Praxis* (Gerhard Hauck).....515

Manuela Scheuermann & Anja Zürn (Hg.): *Gender Roles in Peace*

- and Security. Prevent, Protect, Participate* (Jemima Neubert).....517

Christoph Neusiedl: *Revolutions in Learning and Education from India.*

- Pathways towards the Pluriverse* (Aram Ziai).....519

Lea Susemichel & Jens Kastner (Hg.): *Unbedingte Solidarität*

- (Reinhart Köbler)521

Steffi Hobuß, Ina Khiari-Loch & Moez Maataoui (Hg.): *Tunesische*

- Transformationen. Feminismus – Geschlechterverhältnisse – Kultur. Tunesisch-deutsche Perspektiven* (Tarkan Tek)524

Eingegangene Bücher 526

Summaries..... 527

Zu den Autorinnen und Autoren 529

Jahresregister..... 531

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<https://www.zeitschrift-peripherie.de/>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements einen Link zu unserem Verlag sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.

Jean Segata, Caetano Sordi,
Juliara Borges Segata & Bernardo Lewgoy

Ungesunde Ökologien, prekäre Arbeit und Pandemie in der globalisierten Fleischindustrie im Süden Brasiliens

Keywords: COVID-19, meat industry, precarious work, unhealthy ecologies, Brazil

Schlagwörter: COVID-19, Fleischindustrie, prekäre Arbeit, ungesunde Ökologien, Brasilien

Etwa achtzehn Monate nach Beginn der Pandemie lassen aktuelle Zahlen keinen Zweifel daran, dass COVID-19 zum tragischsten Ereignis der Gegenwartsgeschichte geworden ist. Am 15. November 2021 ging das *Coronavirus Resource Center* der John Hopkins Universität von weltweit mehr als 257 Mio. bestätigten Infektionen und 5,15 Mio. Toten aus. Zeitgleich wurden laut Angaben des *#PainelConass COVID-19* in Brasilien bereits mehr als 610.000 Todesfälle gezählt.¹ Aber nicht nur die Zahlen und ihre durchaus wichtigen biomedizinischen und epidemiologischen Wirkungen sind von Bedeutung. Denn die Pandemie als multiples und ungleiches Ereignis geht nicht in den globalen Narrativen über den Krankheitserreger auf. Viel eher fordern immer auch sozioökonomische, kulturelle, politische, ökologische, kollektive sowie individuelle Unterschiede die Homogenität des Risikos, der Krankheit und der entsprechenden Sorge heraus. Aus einer anthropologischen Perspektive macht das Virus allein nicht die Pandemie aus. Stattdessen gibt es immer ein mehr oder weniger kontingentes Geflecht an Bedingungen, aufgrund derer Ereignisse wie dieses an Form, Verbreitung und Intensität gewinnen (Segata u.a. 2021a; Gamlin u.a. 2021).²

- 1 *Coronavirus Resource Center*, abrufbar unter <https://coronavirus.jhu.edu>, letzter Aufruf: 2.12.2021. Der Nationalrat der Gesundheitsminister der Bundesstaaten (*CONASS – Conselho Nacional de Secretários de Saúde*) veröffentlicht täglich aktuelle Daten über die COVID-19-Fälle in Brasilien via Twitter. Am 15. August 2021 lag die genaue Zahl der Toten bei 569.068, die Gesamtzahl der Fälle wurde mit 20.364.099 angegeben, abrufbar unter: <https://twitter.com/ConassOficial/status/1427012221968678912>, letzter Aufruf: 16.11.2021.
- 2 Für Hilfe bei der Klärung von Fachbegriffen danke ich den Autor*innen, Theo Mutter, Karen Stubbemann und Peter Birke. Weiterführende deutschsprachige Informationen zur

Der brasilianische Fall zeigt besonders deutlich, wie die schädliche Kombination des Handelns von politischen und unternehmerischen Akteuren, des Sozialabbaus sowie der historischen Machtbeziehungen und Ungleichheiten im Zusammenspiel mit dem Virus ein Ambiente von Risiko und Vulnerabilität hervorbringt. Ein Mitschnitt eines Treffens der Spitze der brasilianischen Bundesregierung im Mai 2020 förderte einige Windungen dieses destruktiven politischen Systems zutage. In einer der emblematischsten Szenen begeisterte sich der damalige Umweltminister Ricardo Salles angesichts der Möglichkeit, „infralegale Reformen der Deregulierung“ durchzuführen und „gleich das volle Programm an Vereinfachungen voranzutreiben“.³ Während die Presse ihre Aufmerksamkeit auf die Pandemie richtete, war dies für den Ex-Minister der richtige Moment, um die „Rinderherde freizulassen, das ganze Regelwerk zu ändern und Normen zu vereinfachen“ (Salles 2020).⁴

Die Fleischindustrie im Süden Brasiliens ist einer der Sektoren, in denen die „Rinderherde freigelassen“ wird. Anfang letzten Jahres wurden in mehreren Ländern, unter anderem den USA, Deutschland und Brasilien Betriebe der fleischverarbeitenden Industrie⁵ mit unzähligen Ausbrüchen des neuen Coronavirus in Verbindung gebracht. Die hohen Infektionsinzidenzen unter

Fleischindustrie in globaler Perspektive finden sich in Chemnitz u.a. 2021; Anm. d. Übers.

- 3 Als „infralegal“ werden Normen unterhalb der Gesetzes- oder gar Verfassungsebene bezeichnet, z.B. Dekrete oder Verordnungen bzw. Verwaltungsakte. Das Wortspiel hinter dem von Salles benutzten Ausdruck „dar de baciada a simplificação“ ließe sich wörtlich mit „gleich die ganze Schüssel voller Vereinfachungen“ übersetzen. Die Metapher „baciada“ verweist auf eine Übertreibung: Es geht darum, sich anstelle einzelner Happen gleich die ganze „Schüssel“ zu genehmigen; Anm. d. Übers.
- 4 Dieser Ausdruck kann in etwa als „Vorbringen durch weitere Deregulierung“ übersetzt werden. Wörtlich bedeutet er „die Rinderherde freilassen“: Diese Metapher bezeichnet das Öffnen der Gatter als Regelverletzung, welche die Flucht des Viehs ermöglicht. In der brasilianischen Umgangssprache ist damit das Brechen vom Regeln mit dem Ziel des Vorankommens gemeint.
- 5 Die fleischverarbeitende Industrie setzt sich aus breit gefächerten Produktionsabläufen zusammen. Diese beinhalten Viehtransport (vom Bauernhof zum Betrieb), Gesundheitskontrollen, Schlachtung der Tiere sowie Ausweiden und Ausbeinen der Kadaver. Außerdem gibt es weitere Prozesse vor und nach der Verarbeitung, beispielsweise die Zucht und Aufzucht sowie Mästung der Tiere und der Vertrieb des verarbeiteten Fleisches als Ware. Die letztgenannten Aktivitäten finden zwar außerhalb der Fleischverarbeitungsbetriebe statt, sie sind aber durch deren Logik geprägt. Im brasilianischen Portugiesisch wird die Fleischindustrie in der Regel als „Kühlhausindustrie“ oder einfach als „Kühlhäuser“ (*frigoríficos*) bezeichnet, da die Aktivitäten aus Gründen der Nahrungsmittelsicherheit bei niedrigen Temperaturen stattfinden. In vielen brasilianischen Regionen wird *frigorífico* synonym mit Schlachthof (*abatedouro*) verwendet, allerdings weist er auf technische Unterschiede in der Arbeit mit dem Fleisch hin und markiert den Unterschied zwischen der industriellen und der handwerklichen/häuslichen Schlachtereier. Historisch gesehen weist der Bezug auf das Kühlhaus zudem auf die Abgrenzung zu vergangenen Techniken der Konservierung von Fleisch mithilfe von Salz anstelle von Eis oder Kühlung hin. Letztere stehen für die

Alexander Brand & Hannah Sofie Schöninger

Impfdiplomatie als Ausdruck globaler Solidarität? Internationale Kooperation in der Pandemiebekämpfung zwischen Egoismus und Gerechtigkeit

Keywords: COVAX initiative, geopolitics, vaccine diplomacy, vaccine equity, solidarity

Schlagwörter: COVAX-Initiative, Geopolitik, Impfdiplomatie, Impfgerechtigkeit, Solidarität

1. Impfdiplomatie – Vehikel zu mehr Gerechtigkeit in der Pandemie?

Impfdiplomatie – die Herstellung in anderen und die Weitergabe von Impfstoffen an andere Länder als Mittel der Diplomatie und Strategie in der Pandemiebekämpfung – ist dank Corona in aller Munde.¹ Damit einhergehend wird etwa von hochrangigen Funktionär*innen internationaler Organisationen allerdings auch ein Mehr an globaler *Solidarität* in der Pandemie angemahnt. So kritisierte der UN-Generalsekretär António Guterres im Januar 2021 den Mangel an koordinierten Anstrengungen und mahnte mit Blick auf damals bereits horrende Opferzahl: „[i]n Erinnerung an diese zwei Millionen Seelen muss die Welt mit weitaus größerer Solidarität handeln“ (UNRIC 2021).

Leistet Impfdiplomatie aber einen Beitrag zur solidarischen Pandemiebekämpfung? Oder wird über die in Form von Impfdiplomatie betriebene Interessenpolitik allenfalls das rhetorische Mäntelchen globaler Gerechtigkeit gebreitet? Wenn etwa der chinesische Staatspräsident Xi Jinping erklärt, die Weitergabe von Impfstoffen an andere Länder sei Teil von Chinas Vision einer „gemeinsamen Zukunft“, in der die Menschheit „an einem Strang ziehe“ (*to work as one*, zit. n. Doherty u.a. 2021), lässt sich dann das Agieren Chinas auf dem Parkett der Impfdiplomatie ohne Weiteres als solidarisch interpretieren? Und, noch wichtiger: Hat die Impfstoffdiplomatie

1 Huang 2021; Kickbusch u.a. 2021; Lee 2021; McClellan u.a. 2021.

von Ländern wie China, Russland, den USA, aber auch der Europäischen Union (EU) faktisch, also jenseits der jeweiligen Motivationslage, zu mehr Gerechtigkeit im Weltmaßstab beigetragen?

So stünde „globale Solidarität“² mit Blick auf die Pandemie etwa dafür, kollektive Anstrengungen darauf zu richten, Länder ohne leistungsfähiges Gesundheitssystem nicht nachrangig oder erst bei (potenziell) vollständiger Versorgung des heimischen Marktes zu unterstützen. Mit anderen Worten: Genuin solidarisches Handeln in der Pandemie würde sich mit Blick auf Impfstoffverteilung daran bemessen, die verwundbarsten Menschengruppen und Gesellschaften weltweit zuvörderst an Impfmitteln teilhaben zu lassen, und zwar basierend auf deren besonderer Bedürftigkeit. „Solidarität“ in diesem Sinne, muss sich an der Bedarfssituation Dritter (vgl. Tranow & Schnabel 2019: 30f; klassisch: Ignatieff 1986) und nicht an unterstellten positiven Wirkungen für die Helfenden selbst orientieren.

Der Verwundbarkeit von im Weltmaßstab ohnehin schon marginalisierten Regionen und Gesellschaften käme also in etwa dem gleichen Maße, wie sie heimischen Risikogruppen gewidmet wird, *prioritäre* Aufmerksamkeit zu. Mit Blick auf Impfstoffe bedeutete dies: Präparate in betroffene Länder und Regionen zu liefern, kostenlos oder zu konzessionären Preisen; dortige Kampagnen logistisch zu unterstützen; die Anzahl von Produzenten durch Patentfreigabe oder vergünstigte Lizenzvergabe und flankierend durch Technologietransfer zu unterstützen und damit Unternehmen in allen Weltregionen zur Herstellung von Impfstoffen zu ertüchtigen.

Insgesamt gälte es, die Marktpreise für und den Zugang zu Impfstoffen zugunsten ärmerer Länder gezielt zu beeinflussen, und zwar vor allem an den beiden Kriterien der Bedürftigkeit und der Dynamik des Pandemiegeschehens orientiert. Unterstützungsmaßnahmen andernorts wären somit gegebenenfalls dem vollständigen Ausrollen oder dem Abschluss heimischer Impfkampagnen voran- oder wenigstens gleichzustellen. Damit ist gleichsam auf den politischen Spagat bzw. das Dilemma verwiesen, mit dem sich Entscheidungsträger*innen konfrontiert sehen: Agierten sie solidarisch(er), setzten sie sich angesichts eines ggf. grassierenden Infektionsgeschehens zu Hause dem Vorwurf aus, berechnete nationale Interessen außer Acht zu lassen. Die Folgekosten sowohl mit Blick auf ihre Wiederwahl sowie die mögliche Auswirkungen auf die innergesellschaftliche Stabilität könnten dabei beträchtlich sein.

Der folgende Beitrag skizziert, wie auf Basis eines ausdifferenzierten Verständnisses von Impfdiplomatie und dreier unterscheidbarer

2 Die folgenden Ausführungen orientieren sich an den grundlegenden Ideen in Jecker u.a. 2021: 309, beziehen diese aber auf konkrete praktische Implikationen.

Corona-Virus und soziale Gerechtigkeit in Namibia*

Keywords: COVID-19, welfare politics, Namibia

Schlagwörter: COVID-19, Sozialpolitik, Namibia

Mit dem Auftreten des Corona-Virus ging in Namibia ein neuartiges Engagement der Regierung beim Kampf um soziale Gerechtigkeit einher. Dazu kam es, weil der Kampf gegen COVID-19 den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und die Befriedigung von Bedürfnissen wie Wohnung, Sanitäreinrichtungen, sauberes Trinkwasser, Nahrungsmittel und andere öffentliche Güter erfordert – Voraussetzungen, die zuvor weitgehend vernachlässigt wurden, was die Ungleichheit in Namibia verstärkt hat. Als Namibia am 21. März 1990 seine Unabhängigkeit erlangte, befeuerte dies Hoffnungen, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Spaltungen angegangen würden, die der Kolonialismus bewirkt hatte. Wie in einem Großteil des kolonisierten Afrika hatte auch hier der Kolonialstaat kein Interesse daran, wirtschaftlichen Nutzen zum Wohl der schwarzen Bevölkerung zu entwickeln und auszuweiten (Rodney 1972). Wie Herbert Jauch, Lucy Edwards und Braam Cupido (2009) zeigen, liegen in der deutschen und in der südafrikanischen Kolonialverwaltung die eigentlichen Ursachen für die soziale und wirtschaftliche Entmachtung, durch die sich die Kluft zwischen Reich und Arm nach der namibischen Unabhängigkeit ausgeweitet hat. Seit der Unabhängigkeit wurden keine wesentlichen Fortschritte erzielt, um diese Kluft zu schließen, und die riesige Mehrheit der Namibier*innen lebt weiterhin im Elend. Die Literatur unterstreicht dementsprechend, dass Armut und Ungleichheit nach wie vor die namibische Gesellschaft charakterisieren (Lloyd 2020; New Era Live 2020). Zwar wurden diverse politische und gesetzgeberische Initiativen ergriffen, um die Armutsquote abzusenkten, aber dem war nur wenig Erfolg beschieden, zumal die Durchführung erschreckende Mängel aufwies (Sepúlveda 2012; New Era Live 2020). Seit 1990 haben sich diese Initiativen weitgehend auf Armutsbekämpfung und

* Die englische Originalfassung dieses Artikels erschien unter dem Titel „The Coronavirus and Social Justice in Namibia“ in: *Politikon*, Bd. 48, Nr. 2, April 2021, <https://doi.org/10.1080/02589346.2021.1913803>.

menschliche Entwicklung konzentriert (Republic of Namibia 2004; 2017). Doch die erschreckenden Herausforderungen, denen sich die öffentliche Verwaltung auf dem Gebiet der *governance* gegenübersteht, haben in hohem Maße Ansätze zu Entwicklungsaktivitäten und zur Reduzierung der Ungleichheit in Namibia untergraben (Ndhlovu & Remmert 2018). Namibias Anstrengungen, die kolonialen Ungleichgewichte und die Ungleichheit zu reduzieren, sind den Erwartungen seines Volkes nicht gerecht geworden.

Zehn Jahre vor dem Ablauf des regierungsamtlichen Entwicklungsplans „Vision 2030“, durch welchen der Sprung von einem Land mit unterem mittlerem Einkommen zum Status eines höheren Einkommens geschafft werden sollte, erfordern die Zieldefinitionen angesichts der gegenwärtig verschärften sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit in Namibia eine genaue Überprüfung. Denn es ist nicht zum *trickle-down* wirtschaftlicher Vorteile zu den ärmsten Gemeinschaften gekommen.¹

Zudem zeigt der jüngste *Human Development Report* zu Namibia, dass der *Human Development Index* (HDI) 2018 bei 0.645 lag, womit das Land auf Rang 130 von 189 Ländern rangiert (UNDP 2019). Das *United Nations Development Programme* (UNDP) fügt weiter hinzu, dass der HDI-Wert im Zeitraum zwischen 1990 und 2018 um 11,3 % gestiegen ist (ebd.). In der Tat, eine träge Entwicklung über 28 Jahre bei einer relativ kleinen Bevölkerung. Es ist bemerkenswert, dass die COVID-19-Pandemie die klassenmäßigen Schranken dieser Wirtschaftspolitik dennoch offen gelegt hat. Der Erfolg der verschiedenen Vorsorgemaßnahmen, die die namibische Regierung jetzt gegenüber COVID-19 ergriffen hat, ist abhängig von dem unterschiedlichen sozioökonomischen Kontext, in dem sich die verschiedenen Gemeinschaften jeweils befinden.

Doch kam es zu einer Wendung und einem erneuten Engagement, die weniger privilegierten und wirtschaftlich verwundbaren Namibier*innen zu bedenken, als die Regierung ein Sicherheitsnetz aufspannte, das *Economic Stimulus Package* (ESP), um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 abzufedern (Shiimi 2020).² Auch der private Sektor und verschiedene Unternehmen in Staatseigentum wurden aktiv, um die Regierung hier zu unterstützen. Wer mit den Verhältnissen wenig vertraut ist, könnte aus der plötzlichen Fürsorge für die Armen und den sozialen Initiativen des Staates schließen, Namibia sei ein fürsorglicher Wohlfahrtsstaat. Bei näherer Betrachtung und vor allem, wenn man die Geschichte der Kämpfe um soziale Gerechtigkeit im post-kolonialen Namibia analysiert, zeigt sich deutlich, dass dies eine neue Erscheinung gegenüber der Reihe von Regierungen

1 Sepúlveda 2012; The World Bank 2017; Lloyd 2020; New Era Live 2020.

2 Iipumbu Shiimi ist seit Anfang 2020 Finanzminister Namibias, d.Ü.

Andreas Wulf

Globale Gesundheitssicherheit Geschichte, Tendenzen und Konflikte im Spiegel der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie (Zur Diskussion)

In der globalen Gesundheitspolitik und ihren Debatten sind der Begriff der Globalen Gesundheitssicherheit (*Global Health Security*) und seine Bedeutungen seit längerem präsent und seitdem auch umstritten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zählt zu den Gesundheitsrisiken, mit denen sich dieser Teilbereich der Gesundheitspolitik beschäftigt, nicht nur klassische und neue Epidemien und Pandemien von Infektionskrankheiten, sondern auch Gesundheitsgefahren durch Chemikalien, Umweltverschmutzung und den Klimawandel. In ihrem Konzept sind *essential public health functions* und die Stärkung von Gesundheitssystemen generell ein zentraler Bestandteil zur Bewältigung dieser Gefahren (WHO 2018). Auch die Verhinderung des Einsatzes von Krankheitserregern als Biowaffen ist Teil der Globalen Gesundheitssicherheit und verweist bereits auf das Spannungsfeld zwischen Gesundheits- und Sicherheitspolitik, dem sich dieser Diskussionsbeitrag widmet.

Mit der COVID-19-Pandemie erhält der Diskurs um die Globale Gesundheitssicherheit eine neuerliche Konjunktur. Denn nun erscheint schlagend der Beweis erbracht, dass der Schwerpunkt internationaler Gesundheitspolitik auf der Bewältigung solcher Krankheitsausbrüche liegen muss. Schließlich müssen nicht nur die schweren Schäden an Leib und Leben durch solche Pandemien, sondern auch deren wirtschaftlichen Folgen in einer globalisierten Welt minimiert werden. Gibt es also ein alle Akteur*innen einendes Interesse, wie es zum Beispiel in den großen *Coronavirus Global Response Pledging Conferences* am 4. und 28. Mai 2020 (EU 2021) beschworen wurde, als von Medikamenten und Impfstoffen die Rede war, die zur Überwindung von COVID-19 möglichst rasch entwickelt und als „globale öffentliche Güter“ allen Menschen zur Verfügung gestellt werden sollten? Oder werden in der Krise nicht im Gegenteil die egoistischen Tendenzen eines „Sicherheit zuerst für uns selbst und dann erst für die anderen“ verstärkt, wie wir es seit

dem Sommer 2020 schon sehen, als die finanzstarken Länder sich in Vorverträgen den größten Teil der Impfstoffproduktion sicherten, also entgegen aller Rhetorik des „die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie für alle vorbei ist“ handelten. Eine Analyse der wesentlichen Interessen und Akteur*innen kann dazu beitragen, Antworten auf zwei Fragen zu finden, die in diesen Debatten von zentraler Bedeutung sind: Globale Gesundheitssicherheit wovon? Und für wen? (Rushton 2011).

Dabei ist die Verknüpfung von Gesundheit und Sicherheit nicht neu. Der Ursprung internationaler Gesundheitspolitik ist eng mit der kolonialen Globalisierung der Welt und der sie begleitenden Krankheiten verbunden. So wurden die ersten internationalen Abkommen im 19. Jahrhundert zur Harmonisierung von Quarantänebestimmungen gegen die Verbreitung von Cholera, Pest und Gelbfieber im Seehandel der kolonialen Imperien geschlossen. Sie gelten zu Recht als völkerrechtliche Vorläufer der heutigen WHO. Infektionskrankheiten und besonders die sich epidemisch rasch ausbreitenden und gefährlichen Erreger in den abhängig gemachten Kolonien, wurden also schon lange als Sicherheitsrisiken vorrangig für die Eroberer wahrgenommen. Dies zeigte sich besonders drastisch in Westafrika, dessen lukrative „Goldküste“ im 18. Jahrhundert als „Grab des weißen Mannes“ galt, weil 25-75 % der dort eindringenden Europäer*innen innerhalb ihres ersten Jahres an Malaria, Gelbfieber und Schlafkrankheit starben (Hallett 1965: 9).

Globale Gesundheitspolitik behielt auch im 20. Jahrhundert ihren (geo-)politischen Charakter, auch wenn sich die WHO gerade zu Beginn in der Phase nach dem 2. Weltkrieg eher auf die normativen und technischen Aspekte vermeintlich wissenschaftlich-neutraler Strategien öffentlicher Gesundheitsprogramme zur Bekämpfung relevanter Infektionskrankheiten wie Pocken, Polio, Tuberkulose, Malaria oder Parasitenerkrankungen konzentrierte. Ein weiterer Fokus galt der Verbesserung von Mutter-Kind-Gesundheit. In diesen Programmen wurden insbesondere die gerade unabhängig gewordenen Länder des Globalen Südens beim Aufbau ihrer eigenen Gesundheitsstrukturen unterstützt. Herausragende Beispiele für eine solche erfolgreiche Anrufung des „globalen gemeinsamen Interesses“ an der Bekämpfung von globalen Infektionsrisiken sind die Malaria-Ausrottungs-Programme in den 1950er Jahren und dann der – zuerst von der UdSSR angeschobene – und 1979 erfolgreich abgeschlossene globale Kampf zur Ausrottung der Pocken (Henderson 2012).

Ulrike Schultz

This Corona Thing Has Taken Away Our Future
Schulen und Schüler*innen in Lodwar, Nordkenia
und die Pandemie
(Zur Diskussion)

Lodwar ist eine Provinzstadt im Nordwesten Kenias und die Hauptstadt des Turkana County. Hier leben überwiegend sesshaft gewordene Turkana, aber auch Menschen aus anderen Teilen Kenias (*down county people*), die in Lodwar als Lehrer*innen arbeiten, kleine Geschäfte betreiben oder in anderen Bereichen Arbeit gefunden haben. Lodwar ist aber auch ein bedeutender Ort für die als Viehnomad*innen lebenden Menschen. Sie verkaufen Tiere, kaufen Lebensmittel auf den Märkten der Stadt und gehen zu einer der in Lodwar ansässigen Banken. Hier gehen Kinder von Viehhalter*innen zur Schule, alte Menschen holen ihre Sozialhilfe ab oder besuchen das Krankenhaus. Lodwar ist eine Schnittstelle, durch die nicht nur mobile Viehhalter*innen in die Warenökonomie integriert (Schultz 1996), sondern auch *ethnic subjects* zu Bürger*innen (Mamdani 1996) des Nationalstaates Kenia werden. Dies geschieht insbesondere durch das Bildungssystem, aber auch durch Programme zur sozialen Sicherung, die in den städtischen Zentren des County abgewickelt werden. Wie ist die Situation unter Pandemiebedingungen in Lodwar?

Ich möchte in diesem Artikel nicht diskutieren, ob die Reaktion des kenianischen Staates angemessen war oder die Folgen des Lockdown schwerer wiegen als eine mögliche Ausbreitung von COVID-19-Erkrankungen. Inzwischen versuchen Wissenschaftler*innen zu erklären, warum sich die Krankheit in Subsahara-Afrika nicht so stark verbreitet hat, wie dies ursprünglich angenommen wurde (u.a. Spiegel 2021). Auch diesem Thema werde ich in diesem Artikel nicht nachgehen. Meine Argumentation zielt daraufhin zu zeigen, dass die COVID-19-Reaktion des kenianischen Staates lokale Bedingungen außer Acht lässt und nicht nur ihre unmittelbaren Folgen für die Menschen im Turkana County negativ sind, sondern diese auch weit in die Zukunft reichen. Besonders deutlich wird das am Fall der Schulbildung.

Lodwar: Strukturelle Aussichtslosigkeit

Für mich ist Lodwar der Ort, in dem ich von 1989-1996 für meine Doktorarbeit geforscht habe, wo ich Menschen kennengelernt habe, mit denen ich bis heute verbunden bin und wo ich viel über mich selbst, meine Privilegien und Vorurteile gelernt habe. Mein Bild von Lodwar ist immer noch von dieser Zeit geprägt, obwohl ich seitdem schon viele Male wieder dort war und seit einiger Zeit auch wieder „forschend“ in Lodwar tätig bin; zuletzt im Spätherbst 2021. Ich bin z.B. immer wieder überrascht, wie wenig Turkana in der Stadt gesprochen wird und welche Rolle inzwischen Geldtransaktionen per Telefon (MPesa) im wirtschaftlichen Leben spielen. Zudem hat sich das Erscheinungsbild der Stadt verändert. Es gibt viele neue Bauten, asphaltierte Straßen, Taxis und *boda bodas* (Motorradtaxis). Dieser Prozess ist insbesondere durch die Dezentralisierung, durch die der regionalen Regierung nicht nur ein beachtliches Budget zur Verfügung steht, sondern auch die Verantwortung für Bereiche wie z.B. den Gesundheitssektor und die lokale Infrastruktur übertragen wurde, und durch die Entdeckung von Öl und Grundwasservorkommen befördert worden. Turkana und insbesondere die Provinzhauptstadt Lodwar scheinen Teil des modernen Kenias geworden zu sein. Demgegenüber erlebte ich bei meinen Besuchen von Familien, die ich seit Ende der 1980er Jahre kenne, dass diese Veränderungen meist keine neuen Perspektiven eröffnet haben und dass das Leben vieler weiterhin von Armut, Ausgrenzung und struktureller Ungleichheit geprägt ist. Zum Teil empfinde ich in Lodwar das Gefühl der Aussichtslosigkeit noch stärker als zur Zeit meiner Feldforschungsaufenthalte in den 1990er Jahren. Damals planten viele in Lodwar lebende Menschen noch, in das Nomadengebiet zurückzukehren oder setzten auf die Bildungskarrieren ihrer Kinder (Schultz 1997; 2000). In meinem derzeitigen Forschungsvorhaben beschäftige ich mit Bildungsverläufen¹ und den damit verbundenen Hoffnungen und Erwartungen an Teilhabe und persönliche Entwicklung. Erste Reflektionen, basierend auf Interviewtranskripten und Beobachtungsprotokollen, zeigen nicht nur, dass Bildungsabschlüsse kaum mehr zu sozialer Mobilität und Einkommen verhelfen, sondern auch, dass Bildungsverläufe häufig durch familiäre Krisen, aber auch durch äußere Ereignisse unterbrochen oder gar beendet werden. Krisen wirken dabei als Auslöser und machen deutlich, wie prekär die Integration vieler Turkana-Familien in das nationale Bildungssystem ist und wie wenig Unterstützung sie vom Nationalstaat, der lokalen Regierung aber auch von NGOs und anderen Akteuren erhalten. Als Auslöser für das Unter- bzw. Abbrechen von Bildungskarrieren wirkt

1 Diese Forschung führe ich gemeinsam mit Greta Semplici durch.

Ana Cecilia Dinerstein

Konkrete Utopie

Die (Re-)Produktion von Leben in den, gegen die und jenseits der offenen Adern des Kapitals*

(Zur Diskussion)

Wo ist Utopie heute? Ist die Frage wichtig? Man könnte argumentieren, dass das Wort Utopie gelinde gesagt unvereinbar mit der Politik unserer Zeit ist. Nicht nur bedeute das Wort „kein Ort“, es wurde auch misshandelt und verstümmelt, als es einen Ort fand. Was wäre der Ort für utopisches Denken in einer Welt, die verzweifelt versucht, die angesammelten Probleme, die sie selbst für sich erschaffen hat, zu lösen? Würde utopisches Denken von den *wirklichen* Schwierigkeiten ablenken, die unsere Welt befallen? Nein. Vielmehr leben wir in einer Zeit, in der Utopie nicht länger abgelehnt werden kann. Im Gegenteil, Utopie ist notwendig und unabdinglich geworden für Millionen von Menschen in der Welt, die um ihr Überleben kämpfen. Das Problem ist nicht, ob wir eine Utopie anstreben sollten oder nicht. Die Frage ist, *was für eine Art von Utopie* und wo nach ihr zu suchen ist.

Utopie, Produktion und soziale Reproduktion

Den Kontext einer Diskussion über Utopie heute bildet eine generelle Krise der sozialen Reproduktion. Diese ist

„eine Krise und weitverbreitete Verwundbarkeit ..., die eine unglaubliche Zahl von Kämpfen um Soziales, Wirtschaftliches, Ressourcen und Überleben eröffnet hat, welche den Kampf um das Leben in den Mittelpunkt der Politik gestellt hat“ (Zechner & Hansen 2015).

Krisen sind ein wiederkehrendes und inhärentes Merkmal des Kapitalismus, ein notwendiges Übel, das die Expansion von Kapital ermöglicht. Aber

* Das englische Original ist am 7.12.2017 unter <https://publicseminar.org/2017/12/concrete-utopia/> erschienen.

Ich danke Tilo Hase und Britta Matthes für die Übersetzung des Textes und ihre Unterstützung bei der Veröffentlichung.